

*En circulation
si retour
30.12.*

Den 19. Dezember 1947.

Herr Bundesrat,

*Retour
G.I. 48/67*

Den resultatlosen Abbruch der Londoner Ministerkonferenz hatte das State Department, aber auch die Öffentlichkeit erwartet, weil damit nur eine Situation deutlich zum Ausdruck kam, welche faktisch schon lange bestand. Der Unwille gegenüber Russland kam in Radio und Presse und sozusagen in allen Gesprächen schon während der Konferenz zum Ausdruck, sodass bei deren Schluss eigentlich nichts mehr darüber zu sagen war. Ja, es trat eine gewisse Stille ein, die wohl so lange dauern wird, bis Mr. Marshall seinen angekündigten öffentlichen Bericht erstattet haben wird. Je nach dessen Ton dürfte dann die Kritik an Russland mehr oder weniger stark aufblitzen. Auf die Frage, was nun weiter geschehen werde, wird jeweils gesagt, dass selbstverständlich die drei "freundlichen" Zonen zusammengelegt werden müssten und dass dort eine deutsche Regierung einzusetzen sei. Auch dieses Arrangement werde wohl nicht ganz leicht sein, weil wenigstens zwischen der französischen und der amerikanisch-englischen Auffassung über das was zu geschehen habe, Differenzen beständen.

Inzwischen hat der Präsident an einer Presse-

Herrn Bundesrat M. Petitpierre,
Chef des Eidgenössischen Politischen Departements,
B e r n .

-2-

konferenz Bemerkungen gemacht, aus denen geschlossen werden kann, dass er eine Verständigung mit Russland, welche die Bedingung eines Friedensschlusses mit Deutschland wäre, noch immer nicht für unmöglich hält. Auf eine wahrscheinlich vorbestellte Frage hat er geantwortet, dass er bereit wäre, an einer Viererkonferenz teilzunehmen, vorausgesetzt, dass eine solche in Washington stattfinden würde. Ob damit die im allgemeinen optimistische Gesinnung des Präsidenten betont werden sollte, oder ob der Präsident der Kritik des linken Flügels seiner Partei zuvor kommen wollte, bleibe dahingestellt.

Heute hat der Präsident die erwartete Botschaft betreffend die Europahilfe im Rahmen des Marshall-Planes an den Kongress geschickt, womit er die Gewährung eines Kredites von insgesamt 17 Milliarden Dollars - wovon 6,8 Milliarden für die Zeit vom 1. April bis 1. Juli 1949, empfiehlt.

Die Aussichten für die Annahme dieser Kredite durch den Kongress haben sich wegen des Ausganges der Londoner Konferenz eher verbessert. Die Debatten dürften aber sehr schwierig und langwierig werden und es muss damit gerechnet werden, dass schliesslich bedeutende Abstriche erfolgen. Vorschläge für Amendements, welche allen denkbaren Interessen entspringen dürften, werden zahllos sein. Je näher die Präsidentschaftswahl rückt, desto mehr werden die Tendenzen der Kongressmitglieder fühlbar, es ihren Wählern recht zu machen und dabei von sich hören zu lassen. Damit wird die Gefahr, dass der Marshall-Plan nicht zuletzt amerikanischen Interessen dienen wird, immer grösser.

-3-

Die Geistesverfassung, der man auf Schritt und Tritt begegnet, zeigt immer mehr wirtschaftsimperialistische Züge, die bei den im Januar beginnenden Beratungen im Kongress ^{wohl} deutlich hervortreten werden.

In Gesprächen wird häufig betont, die eigentliche wirksame Hilfe an Europa werde durch Investierung von Privatkapital erfolgen müssen, wofür die amerikanische Regierung günstige Bedingungen schaffen müsse, u.a. indem sie Garantien gegen Beschlagnahme und für ungehinderten Transfer hin und zurück gebe.

Der die Marshallkredite betreffende Gesetzesentwurf dürfte derartigen Anregungen schon Rechnung tragen, es sind aber andere weitergehende zu erwarten.

Oft hört man sagen, es sollten Regierungskredite auch an südamerikanische Staaten gewährt werden, damit diese in möglichst wirksamer Art am Wiederaufbau Europas und der Weltwirtschaft teilnehmen können - selbstredend unter der Aufsicht der USA. Ebenso ist von Krediten an China die Rede, wobei jeweils unklar bleibt, ob in erster Linie der chinesischen Regierung im Kampfe gegen die Kommunisten geholfen werden soll, oder ob nicht vor allem der wirtschaftliche Aufschluss Chinas, ~~das~~ als das am meisten versprechende Gebiet angesehen wird, ins Auge gefasst wird.

Wenn die Kreditfreudigkeit der Amerikaner ihre recht erfreuliche Seite hat, - so liegt andererseits eine grosse Gefahr in der geschilderten Gesinnung. Es ist schwer zu sehen, wie die europäischen Grossstaaten ihre Würde, um nicht zu sagen ihre Selbständigkeit bewahren können, wenn sie, wie es jetzt

-4-

geschieht, nur auf die amerikanische Hilfe abstellen und den Anschein erwecken, sich allen Bedingungen zu fügen. Auch unser Land wird in diesem Hilfesystem keinen leichten Stand haben, um Herr im eigenen Hause zu bleiben. Zuweilen stosse ich auf die allerdings nur angedeutete Meinung, die Schweiz sei eine Art Spielverderber, wenn sie das Rennen um amerikanische Kredite nicht auch mitmache.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Augguerra